

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 6

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

entweder China oder dem Westen nähern müssen. Inzwischen hat die UdSSR besagten Zweifrontenkrieg die letzten fünf Jahre hindurch weitergeführt, und zwar mit einem ganz erheblichen Machtzuwachs.

Der Denkfehler mag unter anderem daran liegen, dass man beide Fronten überschätzte. Sogar wenn die blutigen Grenzfälle zwischen China und der UdSSR erheblich häufiger werden sollten (die fortschreitende Abriegelung der langen Grenzen und ihrer heiklen Punkte wird allmählich die objektiven Voraussetzungen dazu vermindern), kann China der Sowjetunion auf ganz ordentlich lange Zeit zwar sehr lästig, aber nicht eigentlich bedrohlich werden. Später mag das anders werden. Vielleicht aber auch so, dass man dann in China 20 untereinander in Fehde liegende Länder hat, die gesamthaft der Sowjetunion noch viel weniger Sorge zu machen brauchen als heute. Mao ist alt, und mit seinem Abtreten droht China zu nächst einmal ein Chaos.

Und was die Front mit dem Westen angeht, so braucht die Sowjetunion die Frontstimmung

zwar zur doppelten Einschüchterung im eigenen Lager und in den anstossenden Randgebieten, aber von aussen her droht ihr ja nichts, es sei denn Ideen, die ihr in den nächsten drei oder zehn Generationen gefährlich werden könnten. (Schliesslich hat der altägyptische Totalitarismus auch nicht viel länger als 4000 Jahre gedauert.) Sonst aber ist der Westen eifrig bemüht, alle Schützengräben zuzuschaukeln, weil man sich sonst kriegerischer Provokationen schuldig machen würde, die sich der Bär nicht gefallen lassen würde. Um zahm zu werden, das sieht man bei uns ein, muss sich das Tierchen erst mal sattfressen, und jeder mag hoffen, dass die Sättigung schon eintritt, bevor er als Speise selber in Betracht kommt. Denn so sieht es beim angeblichen sowjetischen Zweifrontenkrieg aus: Der eine, China, hat wohl den Willen zur Auseinandersetzung, aber keine Macht dazu. Der andere, der Westen, hat wohl die Macht (namentlich wirtschaftlich; die militärische Macht versteht sich — und genügt auch vollkommen — im defensiven Abschreckungssinn), aber keinen Willen dazu.

Angesichts dieser Situation liegt ein Gedanke nahe, der denn auch in den letzten Monaten Hochkonjunktur hatte, wenn er auch seither seinen Dämpfer bekam. Der Gedanke, die beiden Fronten gegen die Sowjetunion zu koordinieren. Die Möglichkeit einer sino-amerikanischen Annäherung gehört zweifellos zu den Dingen, welche die Führung in Moskau nervös machen. Voraussetzung wäre in beiden Fällen eine Neusetzung der Prioritäten. China betrachtete bisher den amerikanischen Imperialismus als seinen Feind par excellence, und die USA suchten ihren Frieden mit der Sowjetunion, um in Asien auftreten zu können. Denn es war die letzte westliche Grossmacht, und nicht die Sowjetunion, welche ihre heillose Mühe mit einem Zweifrontenkrieg hatte. Man ist so oder so noch lange nicht so weit, dass da ein neues Bündnissystem aufkäme. Aber es ist eine Tatsache, dass die einzige militant antisowjetische Macht der Welt heute China ist. Und angesichts des expansiven sowjetischen Imperialismus fragt sich schon, ob man diese Tatsache ungenutzt lassen darf. C. B.

Der Buchtip

Walter Grottian: «Das sowjetische Regierungssystem. Die Grundlagen der Macht der kommunistischen Parteiführung.» Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen 1965. 586 Seiten.

Das umfangreiche Werk besteht aus zwei Teilen: Aus einem «Leitfaden» (S. 1—361) und einem Quellenbuch (S. 362—586). Das Quellenbuch bringt die im Text berücksichtigten wichtigeren Quellen in deutscher Uebersetzung.

Der «Leitfaden» ist vor allem der Organisation und der Funktion der KPdSU in historischer Entwicklung gewidmet. Die Probleme des Staates werden unter dem Titel «Instrumente der Parteiführung ausserhalb der Partei» besprochen (S. 233 ff.). Von besonderer Wichtigkeit sind jene Teile des Werkes, in welchen sich der Verfasser mit der Bildung der wichtigsten Machtorgane der Partei (ZK, Politbüro, Präsidium und Sekretariat) und der Machtverteilung zwischen ihnen beschäftigt. Zur Lebzeit Lenins und nach dem Tode Stalins galt das Primat des Politbüros, in der Zeit des «Personenkultes» herrschte das Sekretariat. Diese interessant geschilderte Entwicklung weist auf die Festigung oder Schwächung der «Parteidemokratie» hin. Der Verfasser gibt interessante und logische Analysen über die Machtverschiebungen in verschiedenen Zeitpunkten, wobei er sich nicht nur auf Quellen, sondern auch auf eigene Beobachtungen stützt.

Als Kritik soll folgendes hervorgehoben werden: Es ist kaum vertretbar, dass der Verfasser den Staatssicherheitsdienst (CK, GPU, NKWD, MWD, KGB) konsequent «Staatspolizei» bezeichnet, denn auf diese Weise entsteht eine Begriffsverwirrung, und der Unterschied zwischen dem Sicherheitsdienst und der tatsächlichen Staatspolizei verschwindet.

Auf Seite 52 steht: «Als sich diese Republik (nämlich die RSFSR; J.Sz.) mit anderen Sowjetrepubliken, wie z. B. mit der Ukraine und Weissrussland, zusammenschloss, entstand 1923 die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.» Die UdSSR entstand aus dem Zusammenschluss

der RSFSR, der Ukraine, Weissrusslands und der Transkaukasischen Föderation. Statt «z. B.» hätte also der Verfasser nur noch die Transkaukasische Föderation erwähnen sollen, um die Aufzählung vollständig zu machen. Andererseits wurde die UdSSR nicht 1923 gegründet, sondern am 30. Dezember 1922. J. Sz.

Teodor Fis: «Mein Kommandeur, General Svoboda. Vom Ural zum Hradschin.» Europa-Verlag, Wien, Frankfurt, Zürich 1969. 160 Seiten. Der Autor, der heute als politischer Emigrant in der Schweiz lebt, diente als einfacher Soldat in jener tschechoslowakischen Militärformation, die man nach dem 22. Juni 1941 in der Sowjetunion aufgestellt hat. Diese Formation — vorerst nur ein Bataillon — unterstand der Londoner Exilregierung des Präsidenten Benesch, wurde jedoch mit sowjetischen Waffen und Ausrüstung versehen und nahm ab 1943 an verschiedenen Schlachten der Roten Armee teil.

Teodor Fis kämpfte als Artillerist in den ersten Reihen und wurde, als die Tschechoslowaken die Karpaten erreichten, Offizier. Als Ordonnanzoffizier hatte er öfters Gelegenheit, Oberst (und später General) Svoboda, dem Kommandanten der Formation, zu begegnen. Die Bewunderung für «seinen General», den er sowohl als Mensch wie auch als Militär hochschätzt, spricht aus jeder Zeile seines Buches. Svoboda, damals während des Krieges noch kein Kommunist, führte mit nicht wenig Geschicklichkeit und Diplomatie seine Truppe von Buzuluk bis nach Prag. Nicht nur gegen die Deutschen, sondern auch gegen die eigenen Landsleute musste er im Kampf stehen, da die Auffassung der Benesch-Regierung in vieler Hinsicht von derjenigen Svobodas abwich.

Fis blieb auch nach 1945 in der Armee, bekleidete verschiedene Posten und musste mit schwerem Herzen sehen, wie General Svoboda von den Stalinisten gemieden, auf stets kleinere Posten abgeschoben und schliesslich sogar ins Gefängnis geworfen wurde. Er beschreibt schliesslich, wie Chruschtschews Besuch im Jahre 1958 das Los des Generals änderte und wie es kam, dass im Frühjahr 1968 Svoboda als

Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik gewählt wurde P. G

Briefe

Telephonrundspruch und DDR

Obwohl Sie immer die Zusammenhänge gut herausstellen, haben Sie betreffend Telephonrundspruch (ZB Nr. 4) keinen Zusammenhang richtig erfasst. Es verhält sich nämlich so:

TR Linie 6 hat Italien; ab 18 Uhr Beromünster 2 und ab 23.30 Uhr das Nachtprogramm aus Rom bis 5.30 Uhr.

Eben hier liegt ein grosser Fehler des TR, weil das Programm von der Mittelwelle Mailand übernommen wird, statt aus Rom 845 kHz. Ab dann 5.30 Uhr Mailand abschaltete, kam aber ohne Wissen der Radiotele der Deutsche Freiheitssender 904, weil dieser sehr nahe der Mailänder Frequenz arbeitet. Ausserdem möchte ich wissen, wie Sie die Behauptung begründen, die der Sender stehe in Ostdeutschland. Es war ein rein technischer Fehler, indem der TR Italien auf der ungünstigen Welle übernahm. E. K. in B

Wir danken Leser K. für seine interessanter Ausführungen und — für seine Bestätigung unserer Kritik. Offenbar haben wir die Zusammenhänge doch richtig erfasst:

1. Wir haben es offen gelassen, ob die Ulbrichtsche Propaganda mit oder ohne Kenntnis der zuständigen Instanzen im Telephonrundspruch durchkam.

2. Wenn Mailand um 5.30 Uhr abschaltet und die Radiotele nicht merken, dass sich Ulbricht Propaganda 20 Minuten lang ungestört im TF breit macht, «wäre eine aufgewecktere Programmkommission zu wählen» (ZB Nr. 4).

3. Der Deutsche Freiheitssender 904 befindet sich in der DDR. Wir haben diese alte Information neu überprüft.

4. Wir wiederholen: wenn Gegenrecht gewährt würde, hätten wir gegen solche Sendungen nicht einzuwenden. Red. ZI